

Vorlage I/48/93
für den Magistrat

(4. Fassung)

Stadtteilkonferenzen

A Problem

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und Die Grünen beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 1992 (Antrag Nr. 18) u. a.:

"Die Stadtverordnetenversammlung hält es zur stärkeren Unterrichtung und Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an kommunalpolitischen Entscheidungen für erforderlich, bestehende Stadtteilkonferenzen weiterzuentwickeln und neue zu initiieren. Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln."

Der Antrag wird so interpretiert, daß nicht Bürger/-innen, sondern Einwohner gemeint sind.

Es gibt zur Zeit im Ortsteil Grünhöfe und in den Stadtteilen Leherheide und Wulsdorf Gremien, die als Stadtteilkonferenzen zu bezeichnen sind. Es sind lockere Zusammenschlüsse ohne konkrete schriftliche Organisationsgrundsätze. Sie haben überwiegend den Charakter von Bürgerinitiativen. Diese Stadtteilkonferenzen bieten den Bewohnern, Gruppen und Interessenvertretungen, Vereinen, Verbänden, Kirchen usw. Möglichkeiten, sich gesellschaftspolitisch innerhalb ihres und für ihren Stadtteil zu engagieren, Probleme zu erörtern, Anregungen zu formulieren und vielfältige andere stadtteilbezogene Aktivitäten zu organisieren.

Stadtteilkonferenzen sind nicht verordnet, sondern ein basisdemokratischer Zusammenschluß, der sich selbst organisiert, ohne den Status eines Vereins zu haben. Soweit feststellbar gibt es keinen Vorstand, keine Satzung, wohl aber einen oder mehrere Sprecher bzw. Sprechervorstände.

Nach unserem Kenntnisstand möchten die bestehenden Stadtteilkonferenzen stärker bei kommunalpolitischen Entscheidungen, die ihre Stadtteile betreffen, einbezogen werden. Es wird erwartet, daß sich die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat ihnen gegenüber mehr öffnen, so daß zwischen Stadtteilkonferenzen sowie Politik und Verwaltung ein offener Dialog in den unterschiedlichsten Fragestellungen entstehen kann.

B Lösung

Der Magistrat begrüßt, daß sich im Ortsteil Grünhöfe sowie in den Stadtteilen Leherheide und Wulsdorf aus freier Initiative Stadtteilkonferenzen organisiert haben und erklärt, daß er derartigen Einrichtungen auch in den anderen Stadtteilen förderlich und aufgeschlossen gegenübersteht. Er sieht diese Einrichtungen u. a. als Plattform zum Dialog zwischen Einwohnern und Kommunalpolitik bzw. der Verwaltung an, wie sie in anderen Gemeinden in organisierter Form von Einwohnerversammlungen ihren Ausdruck finden. - Hier wird e i n e Möglichkeit gesehen, Einwohnerbeteiligung angemessen umzusetzen.

Der Magistrat erklärt seine Bereitschaft, Stadtteilkonferenzen dadurch mehr in die kommunalpolitischen Entscheidungen einzubeziehen, indem er seine stadtteilbezogenen relevanten Entscheidungen vor Beschlußfassung in den zuständigen Gremien in geeigneter Weise den Stadtteilkonferenzen vorstellt. Anregungen und Bedenken, die sich dann aus der Diskussion ergeben, sollen, soweit es für vertretbar gehalten wird, bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Gleichzeitig mit den Stadtteilkonferenzen sind die Fraktionen zu informieren.

Der Magistrat räumt den Stadtteilkonferenzen darüber hinaus die Möglichkeit ein, Beschlüsse und Anregungen sowie Bedenken den jeweiligen Dezernenten in ihrer Eigenschaft als Ausschußvorsitzende schriftlich vorzubringen. Die Dezernenten sind dann verpflichtet, den Sachverhalt im zuständigen Ausschuß vorzutragen. Die Ausschüsse sollten den Vertretern der Stadtteilkonferenz auf Wunsch als Sachverständige Gelegenheit geben, die Vorstellungen zu erläutern.

Stadtteilkonferenzen sollen sich stets ausschließlich um die Belange des Stadtteils bzw. Teilen davon kümmern.

Den Stadtteilkonferenzen sollte empfohlen werden, Verfahrensgrundsätze aufzustellen und dem Magistrat ihre Ansprechpartner/-innen schriftlich zu benennen.

Der Magistrat empfiehlt dem Finanzausschuß den Stadtteilkonferenzen zur Finanzierung des Geschäftsbedarfes im Jahre 1993 einen Betrag von 6 000 DM bereitzustellen.

C Alternative

keine, die zur Zeit vom Magistrat empfohlen werden kann

D Finanzielle Auswirkungen

Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 6 000 DM für das Jahr 1993.

E Beteiligung

k e i n e

F Öffentlichkeitsarbeit

ja, durch die Pressestelle

G Beschlußvorschlag

1. Der Magistrat begrüßt es, daß sich im Ortsteil Grünhöfe sowie in den Stadtteilen Leherheide und Wulsdorf Stadtteilkonferenzen organisiert haben.
2. Der Magistrat steht diesen Stadtteilkonferenzen und weiteren möglichen Gründungen in anderen Stadtteilen förderlich und aufgeschlossen gegenüber.
3. Der Magistrat wird die Stadtteilkonferenzen in kommunalpolitische Entscheidungen einbeziehen, in dem er stadtteilbezogene relevante Vorgänge vor Beschlußfassung in den Gremien der jeweiligen Stadtteilkonferenz in geeigneter Weise vorstellt. Zeitgleich werden auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung informiert.
4. Der Magistrat räumt den Stadtteilkonferenzen die Möglichkeit ein, Beschlüsse, Anregungen und Bedenken den jeweiligen Dezerntenen in ihrer Eigenschaft als Ausschußvorsitzende schriftlich darzulegen.
5. Der Magistrat spricht die Erwartung aus, daß die Dezerntenen die an sie herangetragenen Sachverhalte in den zuständigen Ausschüssen vortragen.
6. Die Ausschüsse sollen den Vertretern der Stadtteilkonferenz auf Wunsch Gelegenheit geben, sich als Sachverständige zu äußern und die Vorstellungen des Stadtteils zu erläutern.
7. Der Magistrat geht von der Erwartung aus, daß sich Stadtteilkonferenzen Verfahrensgrundsätze geben und dem Magistrat ihre Ansprechpartner/-innen schriftlich benennen.
8. Der Magistrat empfiehlt dem Finanzausschuß, den Stadtteilkonferenzen zur Finanzierung des Geschäftsbedarfes im Jahre 1993 einen Betrag von 6 000 DM bereitzustellen.

Willms

Magistratsitzung am

3. 3. 93

Beschluß:

~~genehmigt~~ - ~~abgelehnt~~ - ~~zurückgestellt~~
~~zustimmend Kenntnis genommen~~

Bismarckshafen,

3. 3. 93